

OCP

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S E C R E T

PROCESSING COPY

COUNTRY East Germany

REPORT

25X1

SUBJECT Introduction of the Forty-Five-Hour
Work Week in the Ministries of
Heavy and General Machine Construction

DATE DISTR. 2 MAY 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT
NO.

RD

25X1

REFERENCES

DATE OF
INFO.PLACE &
DATE ACQ.

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

the

25X1

introduction of the forty-five-hour week in the plant subordinate to the
Ministries of Heavy and General Machine Construction in East Germany.
(5 pages in German)

Comment. The law governing the shortened working week was published
in the 26 January issue of the Gesetzblatt.

25X1

25X1

S E C R E T

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC						
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")																

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

SECRET

~~US OFFICIALS ONLY~~**Entwurf****Durchführungsbestimmung zum Gesetz
über die Verkürzung der Arbeitszeit
in den Betrieben der Ministerien für
Schwer- und Allgemeinen Maschinenbau**

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über die Verkürzung der Arbeitszeit von sowie auf Grund des Beschlusses des Ministerrates von wird in Übereinstimmung mit dem Zentralvorstand der IG Metall und dem Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung folgendes bestimmt:

§ 1

Ab 1. Februar 1957 wird in allen den Ministerien für Schwer- und Allgemeinen Maschinenbau unterstehenden volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, in den technischen Instituten und Zentralen Konstruktionsbüros die 45-Stunden-Woche eingeführt.

§ 2

(1) Zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung sind in den Betrieben Kommissionen zu bilden, die sich aus Vertretern der Werkleitungen und der Betriebsgewerkschaftsleitungen zusammensetzen.

Die Kommissionen haben Massnahmen, die sich aus den Fragen der Produktion, der Arbeitszeitregelung und der Entlohnung der Arbeiter ergeben, festzulegen.

(2) Die Tätigkeit der Kommissionen endet mit der Lösung der vorstehenden Aufgaben.

(3) Die Vorbereitung und Einführung der verkürzten Arbeitszeit hat in enger Zusammenarbeit mit den Werktätigen zu erfolgen.

§ 3

(1) Durch die Einführung der verkürzten Arbeitszeit darf die Erfüllung der staatlichen Planaufgaben nicht beeinträchtigt werden.

~~US OFFICIALS ONLY~~

- 2 -

Um dieses zu gewährleisten, sind in den Betrieben bis zum 31.1.1957 die Pläne der TOM auszuarbeiten und bis zum 28.2.1957 ökonomische Konferenzen in Verbindung mit dem Abschluss der Betriebskollektivverträge durchzuführen.

- (2) Bei der Erarbeitung der technisch-organisatorischen Massnahmen und der Betriebskollektivverträge sowie bei der Durchführung der ökonomischen Konferenzen sind folgende Aufgaben besonders zu behandeln:

Verbesserung der Arbeitsorganisation,
Einführung von rationellen Fertigungsverfahren,
ständige weitere Mechanisierung,
verstärkte Einführung von Neueremethoden,
Erweiterung der Anwendung von Mehrmaschinenbedienung,
Einhaltung der Arbeitsordnung,
Beseitigung der Stillstands- und Warteseiten,
Verringerung des Krankenstandes und der Betriebsunfälle
durch vorbeugenden Gesundheits- und Unfallschutz,
Durchführung der gesellschaftlichen Arbeit ausserhalb
der Arbeitszeit.

§ 4

- (1) Die nach § 3 durchzuführenden Massnahmen müssen gewährleisten, dass der Lohnfonds eingehalten und der Arbeitskräfteplan der Betriebe nicht überschritten wird. Für bestimmte Betriebsabteilungen zusätzlich notwendige Arbeitskräfte sind aus anderen Abteilungen des Werkes freizustellen.
- (2) Eine Überschreitung des Arbeitskräfteplanes der nicht zur Produktion gehörenden Abteilungen ist nicht gestattet.
- (3) Sollte sich auf Grund der Eigenart der Produktion eine Überschreitung des Arbeitskräfteplanes des VEB als unbedingt notwendig erweisen, so bedarf dies der Zustimmung des Leiters der Hauptverwaltung nach Stellungnahme des Rates des Bezirkes.

§ 5

- (1) Die Verkürzung der Arbeitszeit hat unter Beibehaltung der sechstägigen Arbeitszeit pro Woche zu erfolgen und ist im Prinzip wie folgt durchzuführen:

- 3 -

1) in ein- und zweischichtig arbeitenden Betrieben ist eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde vorzunehmen.

Die Arbeitszeit am Sonnabend darf jedoch pro Schicht fünf Stunden nicht überschreiten.

2) bei dreischichtig arbeitenden Betrieben entfällt die erste bzw. sechste Nachtschicht, wobei die noch verbleibende notwendige Verkürzung am Sonnabend vorzunehmen ist.

(2) In Betrieben bzw. Abteilungen, in denen ein ununterbrochener Arbeitsfortgang notwendig ist, sowie bei Betriebssehern und Pflanzern sind durch unterschiedlichen Arbeitsbeginn und Arbeitsende zwischen den einzelnen Schichten Überbrückungen zu schaffen.

Sind vorgenannte Überbrückungen auf Grund der Verkehrsverhältnisse sowie der Eigenart der Produktion nicht möglich, sind für die Zwischenzeit Springer einzusetzen.

Dort, wo der tägliche Einsatz von Springern nicht möglich ist, sind von den Werkleitern Sonderregelungen auszuarbeiten. Bei diesen Sonderregelungen muss jedoch innerhalb von drei Wochen die 43-stündige Arbeitswoche einhalten werden.

(3) Sonderregelungen der Arbeitszeit bedürfen der Bestätigung des Ministers und des Zentralverbandes der IG Metall.

(4) Die Festlegung der Arbeitszeit hat nach Abstimmung mit den örtlichen Verkehrsorganen so zu erfolgen, dass die Verkürzung der Arbeitszeit sich für alle Werktätigen als Verlängerung ihrer persönlichen Freizeit auswirkt.

(5) Alle Änderungen der Arbeitszeit müssen die Einhaltung des täglichen Streikentingentes gewährleisten.

(6) Für Beschäftigte, welche heute schon nicht mehr als 43-Stunden pro Woche arbeiten sowie für Halbtagskräfte bleibt es bei der alten Regelung.

(1) Die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt unter Beibehaltung der jetzigen Tarifätze.

- 4 -

- 4 -

- (2) Monatslohn- sowie Gehaltsempfänger erhalten weiterhin ihre bisherige Vergütung.
- (3) Arbeiter im Zeitlohn bzw. im Prämienzeitlohn erhalten einen Lohnzuschlag von 6,66 % ihres in der 45-stündigen Arbeitswoche erreichten Bruttoverdienstes.
- (4) In den Fällen, wo die Prämienysteme für Zeitlöhner auf Arbeitszeitbasis ausgearbeitet wurden, muss eine Umstellung der Prämienysteme von der 40- auf die 45-Stunden-Woche vorgenommen werden.
- (5) Durch Einführung der im § 3 genannten Massnahmen muss gewährleistet werden, dass die Leistungslöhner ihren Bruttodurchschnittsverdienst der letzten drei Monate erreichen.
 - 1) Für eine Übergangszeit von längstens drei Monaten sind Lohnzuschläge bis zum Bruttodurchschnittsverdienst zu zahlen. Diese Lohnzuschläge dürfen jedoch nicht den erarbeiteten Lohn innerhalb der 45-stündigen Arbeitszeit um den tatsächlich möglichen Anfall von 6,66 % übersteigen.
 - 2) Der zu zahlende Lohnzuschlag darf den Zuschlag des Vormonats nicht überschreiten.
 - 3) Dort, wo der bisherige Durchschnittsverdienst erreicht wird, ist für die nachfolgenden Monate kein Zuschlag zu zahlen.
 - 4) Für Leistungslöhner notwendig werdende Lohnzuschlagsabhebungen über drei Monate bedürfen der Bestätigung der betrieblichen Kommissionen.
Die Werkleiter melden bis zum 28.2.1957 den Leitern ihrer Hauptverwaltungen, wo innerhalb von drei Monaten technisch-organisatorische Massnahmen nicht wirksam werden können.
- (6) Bei gesetzlich zu gewährender Freizeit (Urlaub, Haushaltstag usw.) ist der Lohnzuschlag bei der Ermittlung des Durchschnittsbruttoverdienstes mit zu berücksichtigen.
 - 1) Bei unbezahlter Freizeitgewährung wird für den betreffenden Tag der Lohnzuschlag nicht gewährt.
 - 2) Bei unentschuldigtem Fernbleiben von der Arbeit entfällt für den betreffenden Monat die Lohnzuschlagszahlung.

- 5 -

- 5 -

(7) Der bisherige Bruttodurchschnittsverdienst ist aus dem Einkommen der letzten drei Monate vor dem 1.2.1957 zu errechnen.

1) Zum Bruttodurchschnittsverdienst gehören nicht einmalig gewährte Prämien und Vergütungen für Kollektiv- und Einzelleistungen, Trennungsgeld, Wege- und Fahrgeld, Tagegelder bei Montagen, Sonn-, Feiertags-, Überstunden- und Überstundenzuschläge sowie vorübergehende Erschwerungs- und Nachzuschläge.

2) Ständig gezahlte Erschwerungs- und Nachzuschläge sind bei der Errechnung des Bruttoverdienstes einzubeziehen.

(8) Mit der Zahlung der Lohnzuschläge darf sich durch die Berechnung der Steuern keine Senkung des Nettolohnes der Leistungsfähiger ergeben.

Der Lohnzuschlag ist deshalb unterteilt nach Grundlohn und Mehrleistungslohn zu versteuern.

(9) Die Werkleitungen sind verpflichtet, Massnahmen durchzuführen, damit die Lohnzuschlagszahlungen mit der Entlohnrechnung des jeweiligen Monats erfolgt.

§ 7

Alle Überschreitungen der täglich vereinbarten Arbeitszeit bzw. der 45-Stunden-Woche gelten als Überstunden.

§ 8

Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.